



Leni Breymaier
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Betriebliche Altersversorgung stärken

Breymaier will Doppelverbeitragung bei Betriebsrenten abschaffen

Berlin, 05.07.2018

Leni Breymaier, MdB
Beim Hecht 1
73430 Aalen
Telefon: +49 7361-5588093
Fax: +49 7361-5588095
leni.breymaier.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 1.438
Telefon: +49 30 227-75471
Fax: +49 30 227-70470
leni.breymaier@bundestag.de

Die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg setzt sich zusammen mit anderen Landesgruppen der SPD-Bundestagsfraktion dafür ein, auf Betriebsrenten nur noch den halben Beitragssatz zur Krankenkasse zu erheben. Damit soll die betriebliche Altersversorgung gestärkt werden. „Betriebliche Altersversorgung ist für uns die beste Ergänzung zur gesetzlichen Rente. Wir brauchen Vertrauen und Verlässlichkeit in der Betriebsrente“, meint die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier dazu einer Presseerklärung.

Die Betriebsrente sei ein dringendes Handlungsfeld. „Bei den Abschlüssen von Betriebsrenten haben sich die Menschen darauf verlassen, einen wichtigen Beitrag für ihre Altersversorgung zu leisten“, so die Abgeordnete weiter.

Gemeinsam mit anderen Landesgruppen fordern die baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten deshalb nun, dass für Betriebsrenten nur noch der halbe Krankenkassenbeitrag erhoben werden soll. Zur kurzfristigen Entlastung von Betriebsrenten soll in einem ersten Schritt ein Freibetrag statt der jetzigen Freigrenze eingeführt werden.

„Angesichts der guten wirtschaftlichen Lage und zu erwartender Mehreinnahmen für die Krankenkassen ist diese Entlastung für Betriebsrentnerinnen und Betriebsrentner finanziell darstellbar. Dafür setzten wir uns in der SPD ein. Deshalb begrüße ich ausdrücklich, dass der sozialdemokratische Bundesarbeitsminister Hubertus Heil das Thema auf die Agenda der Bundesregierung setzt“, so Breymaier. Die Union und ihren Gesundheitsminister Jens Spahn fordert die SPD-Bundestagsabgeordnete auf, ihren Widerstand gegen eine Entlastung der Betriebsrenten aufzugeben.